



Infobrief aus Straßburg 26. - 29. September 2011

Strengere Haushaltsdisziplin für Mitgliedsstaaten gegen den Rat durchgesetzt

Am Mittwoch verabschiedeten wir im Europäischen Parlament in Straßburg sechs Berichte, die eine strengere Haushaltskontrolle für die Mitgliedstaaten zur Folge haben werden. Ein zentrales Element dieser Maßnahme ist die Einführung eines robusten **Sanktionsmechanismus** für Defizitsünder, wofür ich mich schon seit langem stark mache.

Der im Jahre 1997 beschlossene Stabilitäts- und Wachstumspakt (Waigel-Kriterien) sah vor, dass Defizitsünder mit Sanktionen belegt werden können, wenn sie die Drei-Prozent-Grenze bei der Neuverschuldung nicht einhalten. Im Jahre 2003 nahm der Rat der Europäischen Union (Ministerrat) auf Drängen Deutschlands und Frankreichs eine völlig unbegründete Aufweichung des Stabilitätspakts vor. Dieser jetzt vom Europäischen Parlament beschlossene neue Stabilitätspakt ist angesichts der aktuellen Krise für mich mehr als überfällig.

Neben diesem Instrument zur nachträglichen Korrektur von Defizitverstößen wurde zudem ein vorsorglicher Kontrollmechanismus, die so genannte **Schuldenbremse**, eingeführt. Demnach müssen die Mitgliedstaaten der Kommission ihre mittelfristige Finanzplanung für die anstehenden Jahre vorlegen, was haushaltspolitische Fehlentwicklungen frühzeitig erkennbar macht. Dies ist auch für uns Deutsche mit einer Verschuldung von 80% des Bruttoinlandsprodukts ein Thema.

Droht einem Land künftig dauerhaft mehr Neuverschuldung als Wirtschaftswachstum, wird die Europäische Kommission eine Korrekturempfehlung aussprechen. Diese Sanktionsvorschläge kann der Ministerrat nur noch mit qualifizierter Mehrheit zurückweisen. Nicht zuletzt deshalb bin ich der Meinung, dass wir nur mit einer solchen Schuldenbremse dauerhafte Finanzstabilität sichern werden.

Da dieses Paket auch zu einer engeren Abstimmung der Wirtschaftspolitik aller Mitgliedsländer führen wird, bin ich davon überzeugt, dass wir gestern einen wichtigen Schritt zur dauerhaften Sicherung der haushaltspolitischen und wirtschaftlichen Stabilität in Europa unternommen haben. Besonders wichtig ist, dass die Regierungen der Nationalstaaten die Strafverfahren der Kommission nun nicht mehr so einfach blockieren können.

Zu meiner großen Überraschung haben die Sozialdemokraten bei dieser Abstimmung vorwiegend mit "Nein" gestimmt. Ich kann diese Haltung keineswegs verstehen. Denn nur strenge und für alle Staaten verbindlich geltende Kriterien helfen uns aus dieser Schuldenkrise herauszukommen.

[Hier](#) finden Sie weitere Informationen zum Thema.

Elisabeth Jeggle MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Gruppe im
Europäischen Parlament

Anschrift

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggle
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroeggle.de



Einheitliche EU-Handelsstrategie mit Drittstaaten gefordert

Das Europaparlament sprach sich am Dienstag für einen weltweiten und einheitlichen Abbau von Handelshemmnissen aus. Im Grunde befürworte ich einen Abbau solcher Barrieren im Rahmen der WTO (Welthandelsorganisation), in Abstimmung mit all ihren Mitgliedern. Wie die stockende Doha-Runde jedoch zeigt, ist die WTO derzeit nicht in der Lage entsprechende Abkommen zum Abschluss zu bringen. Dies hat zur Folge, dass wir auf bilaterale Verhandlungen ausweichen müssen.

Ich erwarte, dass grundsätzlich alle Handelsabkommen nicht nur wirtschaftliche Aspekte betrachten, sondern bei allen Verhandlungen auch die Menschenrechtslage, soziale Absicherung und Arbeitsbedingungen mit einbezogen werden. Dieser Ansatz muss für alle potentiellen Handelspartner in gleicher Weise gelten.

Im Interesse unseres hohen europäischen Verbraucherschutzniveaus setze ich mich bei solchen Abkommen dafür ein, dass Warenimporte nach Europa unsere hohen Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzstandards erfüllen. Gerade bei der Nahrungsmittelproduktion müssen die strengen Qualitätsanforderungen an unsere Bauern auch für Importware gelten. Erst wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann ich eine Liberalisierung des Handels guten Gewissens unterstützen.

Als stellvertretende Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Kanada im Europäischen Parlament bin ich bei den Gesprächen um ein Handelsabkommen mit unseren kanadischen Partnern involviert. Dieses Handelsbündnis ist auch im deutschen Interesse. Es wird unserer Exportwirtschaft vielfältige Möglichkeiten eröffnen und Entwicklungspotentiale für die deutsche Industrie mit sich bringen und letztendlich positive Auswirkungen für die Ökonomien beider Partner haben.

Unter diesem [Link](#) finden Sie mehr zur Thematik.

Herzliche Grüße,
Ihre Elisabeth Jeggle MdEP